

»» Hälfte der Erwerbsbevölkerung für mehr ausländische Fachkräfte – Unterschiede nach Bildung, Einkommen und Region

Nr. 383, 24. Mai 2022

Autor: Dr. Arne Leifels, Telefon 069 7431-4861, arne.leifels@kfw.de

In den kommenden zehn Jahren werden Fachkräfteengpässe spürbar zunehmen. Sie könnten sich als wesentliches Hindernis der Transformation zu einer klimaneutralen und digitalen Volkswirtschaft erweisen. Vor diesem Hintergrund ist die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte wichtig für Deutschland.

Wie eine repräsentative Befragung von KfW Research zeigt, sieht die Bevölkerung den Bedarf einer aktiven Einwanderungspolitik sehr deutlich: 83 % der 18- bis 67-Jährigen sind für mindestens gleichbleibende Bemühungen um ausländische Fachkräfte, darunter 48 % für größeres Engagement. Nur 15 % der Erwerbsbevölkerung sprechen sich für geringere Fachkräftezuwanderung aus. Im Vergleich zu einer identischen Befragung vor drei Jahren ist die migrationspolitische Haltung offener geworden.

Die Einstellung zur Zuwanderung unterscheidet sich deutlich nach der beruflichen Bildung, dem Einkommen und dem Arbeitsmarktstatus. Akademiker, Gutverdiener und Beamte sind bspw. mit sehr deutlichen Mehrheiten von ca. 60 % für mehr Fachkräftezuwanderung, während die Gegenposition mit weniger als 10 % sehr selten ist. Bei niedrigeren Berufsabschlüssen und Einkommen bzw. Arbeitslosigkeit verschiebt sich das Stimmungsbild deutlich (ohne jedoch zu kippen). Hier dürften Befürchtungen um Arbeitsmarktkonkurrenz eine Rolle spielen.

Passend zum Stimmungsbild der Bevölkerung strebt die Bundesregierung im Koalitionsvertrag einen „Paradigmenwechsel“ zu einem „modernen Einwanderungsland“ an. Insbesondere die Zuwanderung nicht-akademischer Fachkräfte von außerhalb der EU soll erleichtert werden, außerdem Aufenthalte zur Arbeitssuche und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Fachkräfteengpässe unausweichlich, Zuwanderung nötig

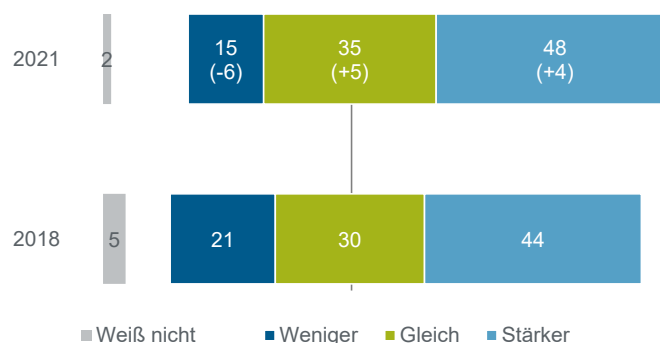
Auf dem deutschen Arbeitsmarkt fehlen zunehmend Fachkräfte, und wie das aktuelle KfW-ifo-Fachkräftebarometer zeigt, werden davon 44 % der Unternehmen in ihrer Geschäftstätigkeit behindert.¹ Im ersten Quartal 2022 gab es schätzungsweise 1,74 Mio. unbesetzte Stellen.² Das sind 330.000 mehr als vor der Corona-Krise – aber wohl nur ein vorläufiger Rekord. Denn die Fachkräfteengpässe werden in den kommenden zehn Jahren spürbar zunehmen, das ist demografisch vorprogrammiert. Die Erwerbsbevölkerung wird zwischen 2025 und 2035 rapide abnehmen, um ca. 500.000 Personen (ca. 1 %) pro Jahr. Fachkräftemangel gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit und damit künftigen Wohlstand. Gerade für die dringende Transformation zu einer klimaneutralen und

digitalisierten Volkswirtschaft werden gut qualifizierte Fachkräfte benötigt. Wichtig sind deshalb (weiter) steigende Erwerbsquoten von Eltern und Älteren sowie die Zuwanderung gut qualifizierter ausländischer Fachkräfte, Studierender und Auszubildender.

Etwa die Hälfte der Nettozuwanderung nach Deutschland kam im Jahr 2020 aus anderen EU-Staaten. Meist handelt es sich dabei um Erwerbs- oder Bildungsmigration. Der Wanderungssaldo mit der EU betrug 110.000 (648.000 Zuzüge minus 538.000 Fortzüge).³ Die wichtigsten Herkunftsländer sind Rumänien (36.000 im Saldo) und Bulgarien (23.000). Doch die Zuwanderung aus der EU ist seit einigen Jahren rückläufig, auch schon vor der Corona-Krise. Da viele Nachbarländer ähnliche demografische Probleme haben wie Deutschland, wird Zuwanderung aus „Drittstaaten“ immer wichtiger. Allerdings stagnierte auch die Erwerbsmigration von außerhalb der EU bereits seit mehreren Jahren bei ca. 60.000, bevor sie dann durch die Corona-Krise auf 30.000 im Jahr 2020 halbiert wurde. Aktuelle Daten für das erste Halbjahr 2021 deuten nun auf eine leichte Erholung hin.⁴

Grafik 1: „Fachkräfte wanted“ – noch etwas mehr als 2018

„Wie stark sollte sich Deutschland in den nächsten Jahren um Fachkräftezuwanderung bemühen – stärker, gleich oder weniger als bisher?“ (Anteile an der Erwerbsbevölkerung, d. h. im Alter von 18–67 Jahren in Prozent, Befragungszeitraum jeweils im 2. Halbjahr 2018 und 2021)



Quelle: KfW Research.

Hälfte der Erwerbsbevölkerung für verstärkte Fachkräftezuwanderung, ein Drittel für gleichbleibende

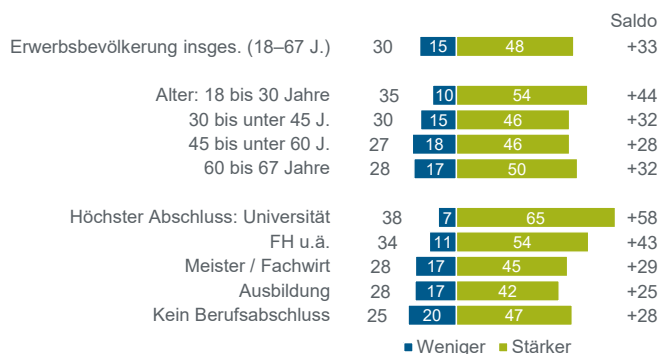
Wie eine repräsentative Bevölkerungsumfrage von KfW Research zeigt,⁵ steht die Erwerbsbevölkerung der Fachkräftezuwanderung mehrheitlich positiv gegenüber: Etwa die Hälfte (48 %) der Menschen zwischen 18 und 67 Jahren sind der Ansicht, „dass Deutschland sich stärker als bisher um

Fachkräftezuwanderung bemühen sollte“. Weitere 35 % halten Bemühungen auf gleichbleibendem Niveau für richtig. Insgesamt sind also 83 % für eine mindestens gleichbleibend aktive Zuwanderungspolitik. Demgegenüber sprechen sich 15 % für eine reduzierte Fachkräftezuwanderung aus (Grafik 1).

Im Vergleich zu einer identischen Befragung im Jahr 2018 ist die Einstellung zur Fachkräftezuwanderung spürbar offener geworden.⁶ Die Befürwortung stärkerer Bemühungen um ausländische Fachkräfte ist im Jahr 2021 um 4 Prozentpunkte häufiger, während die Gegenposition um 6 Prozentpunkte seltener ist. Im Saldo überwiegen somit die Befürworterinnen und Befürworter die Gegnerinnen und Gegner im Jahr 2021 um 33 Prozentpunkte, drei Jahre zuvor hatte die Differenz noch 23 Prozentpunkte betragen. Auch eine unveränderte Migrationspolitik wird häufiger befürwortet (+5 PP); dafür gibt es weniger Unentschiedene (-3 PP).

Grafik 2: Junge und akademische Bevölkerung befürworten Fachkräftezuwanderung am stärksten

„Wie stark sollte sich Deutschland in den nächsten Jahren um Fachkräftezuwanderung bemühen – stärker, gleich oder weniger als bisher?“ (Anteile an der Erwerbsbevölkerung, d. h. im Alter von 18–67 Jahren in Prozent, Befragungszeitraum im 2. Halbjahr 2021)



Quelle: KfW Research.

Zuwanderungspolitische Position hängt vom beruflichen Qualifikationsniveau ab

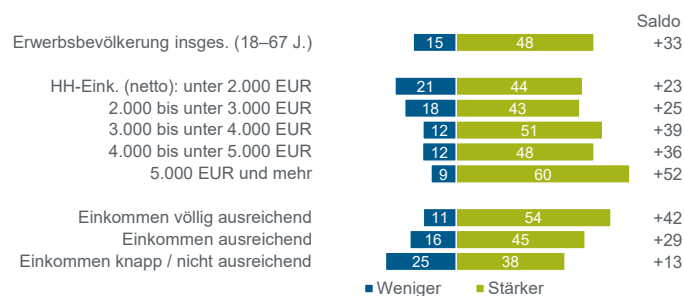
Die Einstellung zur Zuwanderungspolitik weicht in verschiedenen Bevölkerungsgruppen teilweise deutlich von den Gesamtwerten ab – allerdings ist der Saldo aus Befürwortenden einer verstärkten Fachkräftezuwanderung und den Gegnerinnen und Gegnern immer positiv. Zunächst gibt es Altersunterschiede: Die unter 30-Jährigen sind deutlich häufiger für verstärkte Fachkräftezuwanderung (54 %) und seltener dagegen (10 %) als der Rest der Erwerbsbevölkerung (Grafik 2). Auch sprechen sich Männer etwas häufiger für geringere migrationspolitische Bemühungen aus als Frauen (17 vs. 13 %). Am deutlichsten sind die Unterschiede jedoch bei Betrachtung verschiedener Bildungsniveaus und Einkommensklassen.

Je höher der Berufsabschluss, desto häufiger wird verstärkte Fachkräftezuwanderung befürwortet. Personen mit Universitätsabschlüssen sprechen sich zu zwei Dritteln (65 %) für mehr Fachkräftezuwanderung aus, nur 7 % von ihnen sind für das Gegenteil. Im Saldo überwiegen die Befürworterinnen und Befürworter also um 58 Prozentpunkte. Der Anteil der Befürwortenden ist in der Bevölkerung mit Fachhochschulabschluss (bzw. Fach- und Berufsakademien/Fachschulen der DDR) deutlich niedriger (54 %), sinkt bei Meisterinnen und Fachwirten weiter (45 %) und ist schließlich bei Personen mit

Ausbildungsabschluss unterdurchschnittlich (42 %, Grafik 2). Unter den Personen ohne Berufsabschluss liegt der Anteil der Befürwortenden nah am Gesamtdurchschnitt (47 %), der Anteil der Gegnerinnen und Gegner ist allerdings klar überdurchschnittlich (20 %). In dieser Gruppe befinden sich sowohl ältere beruflich Geringqualifizierte als auch Studierende. Erstere teilen eher die „zuwanderungsfreundliche“ Position der Akademiker, letztere haben im Durchschnitt eine weniger offene migrationspolitische Haltung.

Grafik 3: Knappes Einkommen geht mit Zuwanderungskepsis einher

„Wie stark sollte sich Deutschland in den nächsten Jahren um Fachkräftezuwanderung bemühen – stärker, gleich oder weniger als bisher?“ (Anteile an der Erwerbsbevölkerung, d. h. im Alter von 18–67 Jahren in Prozent, Befragungszeitraum im 2. Halbjahr 2021)



Quelle: KfW Research.

Je knapper das Einkommen, desto skeptischer gegenüber ausländischen Fachkräften

Mit steigendem Einkommen steigt auch die Zustimmung zur Fachkräftezuwanderung. Bei einem Nettohaushaltseinkommen von über 5.000 EUR sind mit 60 % weit überdurchschnittlich viele Menschen für mehr Fachkräftezuwanderung (Grafik 3). Zudem ist die Gegenposition mit nur 9 % sehr selten. Die Befürwortenden verstärkter Fachkräftezuwanderung werden mit sinkendem Einkommen kontinuierlich seltener, während der Anteil der Gegnerinnen und Gegner zunimmt. In der untersten Einkommensklasse (bis 2.000 EUR) sind die Befürworter zwar mit 44 % gegenüber 21 % immer noch in der Mehrheit, der Vorsprung ist aber auf 23 Prozentpunkte geschrumpft.

Auch die subjektive Bewertung, wie gut das Haushaltseinkommen zur Deckung der Lebenshaltungskosten ausreicht, korreliert stark mit der zuwanderungspolitischen Haltung. Personen, deren Einkommen nach eigener Einschätzung völlig ausreichend ist, sind zu 54 % für mehr Fachkräftezuwanderung und nur zu 11 % für das Gegenteil. Bei denjenigen, die nur mit Schwierigkeiten finanziell über die Runden kommen, sind die Befürwortenden stärkerer Zuwanderungsbemühungen nur um 13 Prozentpunkte häufiger als die Gegnerinnen und Gegner (38 vs. 25 %).

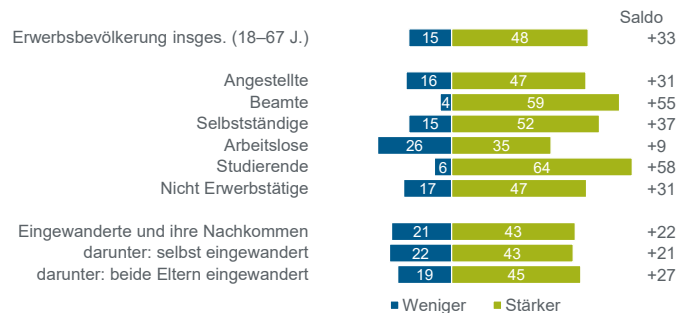
Individuelle Arbeitsmarktsituation beeinflusst Einschätzung des Zuwanderungsbedarfs

Die Unterschiede in der Haltung zur Fachkräftezuwanderung je nach beruflichem Qualifikationsniveau und Einkommen sind auch in Regressionsanalysen signifikant.⁷ Zu erklären sind sie vermutlich u. a. damit, dass bei einer schlechteren Arbeitsmarktposition, also mit niedriger Qualifikation, geringeren Einkommensmöglichkeiten und höherem Arbeitslosigkeitsrisiko,

eher eine Konkurrenz mit zugewanderten Fachkräften befürchtet wird – ob zu Recht oder zu Unrecht. Dazu passt, dass Arbeitslose der Fachkräftezuwanderung besonders skeptisch gegenüberstehen: Zwar sprechen auch sie sich mit relativer Mehrheit für mehr Fachkräftezuwanderung aus, der Unterschied zwischen Befürwortern (35 %) und Gegnern (26 %) beträgt aber nur 9 Prozentpunkte (Grafik 4).

Grafik 4: Arbeitslose sind skeptisch gegenüber ausländischen Fachkräften, Studierende sehr offen

„Wie stark sollte sich Deutschland in den nächsten Jahren um Fachkräftezuwanderung bemühen – stärker, gleich oder weniger als bisher?“ (Anteile an der Erwerbsbevölkerung, d. h. im Alter von 18–67 Jahren in Prozent, Befragungszeitraum im 2. Halbjahr 2021)



Quelle: KfW Research.

Auch von der (wahrgenommenen) Konkurrenz um Arbeitsplätze abgesehen fließt die individuelle Arbeitsmarktperspektive in die zuwanderungspolitische Haltung ein. So sind Selbstständige deutlich häufiger für mehr Zuwanderung als Angestellte (im Saldo +37 vs. +31 PP). Sie sind als potenzielle Arbeitgeber möglicherweise stärker an einem ausreichenden Fachkräfteangebot interessiert. Dementsprechend unterscheiden sich leitende Angestellten mit Personalverantwortung von anderen Angestellten (+37 vs. +29 PP).

Einwanderer und ihre Nachkommen skeptischer gegenüber Fachkräftezuwanderung ...

Nach Deutschland eingewanderte Menschen und ihre direkten Nachkommen haben im Vergleich zur Gesamtbevölkerung eine skeptischere Haltung zur Fachkräftezuwanderung: 43 % von ihnen sind für verstärkte, 21 % sind für geringere Bemühungen um ausländische Fachkräfte (Grafik 4). Der Saldo von +22 liegt 11 Prozentpunkte unter dem der Erwerbsbevölkerung insgesamt. Die selbst eingewanderten Menschen sind dabei negativer eingestellt (+21 PP) als Menschen mit zwei eingewanderten Elternteilen (+27 PP). Aus diesen beiden Teilgruppen setzt sich die künftig auch im amtlichen Mikrozensus als Alternative für den Migrationshintergrund verwendete Definition der „Eingewanderten und ihrer Nachkommen (EWN)“ zusammen.⁸ Sie machen ca. 23 % der Erwerbsbevölkerung aus.

Auf den ersten Blick mag es erstaunen, dass Menschen mit Migrationserfahrung eine vergleichsweise kritische Haltung zur Zuwanderung anderer Menschen haben. Doch die Daten zeigen, dass diese Menschen überdurchschnittlich oft den oben beschriebenen Gruppen angehören, die unterdurchschnittliche Berufsqualifikationen, Arbeitsmarktchancen und Einkommen aufweisen: Die Hälfte der Eingewanderten und ihrer Nachkommen hat keinen (in Deutschland anerkannten) Berufsabschluss, der Anteil ist mehr als doppelt so groß wie in

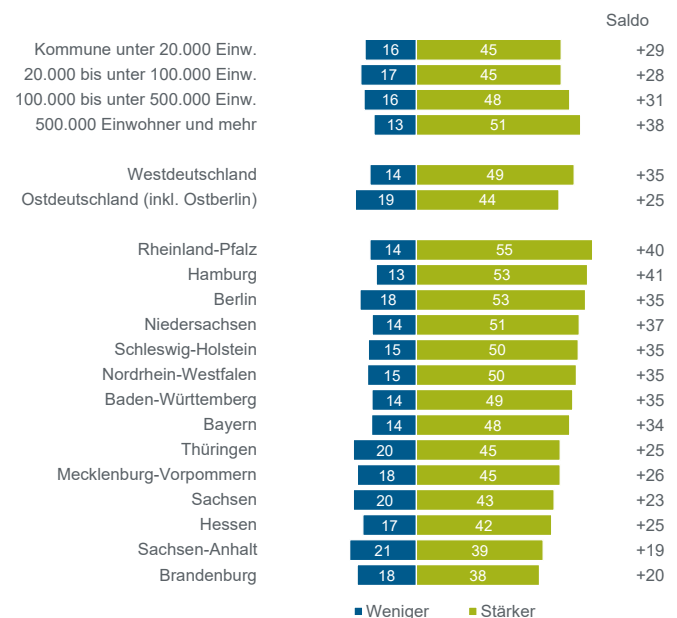
der gesamten Erwerbsbevölkerung (49 vs. 22 %). EWN haben eine doppelt so hohe Arbeitslosenquote (10 vs. 5 %). Haushaltseinkommen unter 2.000 EUR (netto) sind häufiger (38 vs. 26 %), Einkommen über 4.000 EUR seltener (41 vs. 51 %). Entsprechend hat ein überdurchschnittlicher Anteil der EWN Probleme, mit dem Einkommen über die Runden zu kommen (30 vs. 17 %). All diese sozioökonomischen Nachteile sind bei selbst Eingewanderten stärker ausgeprägt als bei ihren Nachkommen.

... wegen unterdurchschnittlicher Arbeitsmarktchancen

Regressionsanalysen zeigen, dass diese sozioökonomischen Eigenschaften die kritischere Haltung gegenüber Fachkräftezuwanderung statistisch erklären. Während sich insbesondere Berufsabschluss, Einkommen und Arbeitsmarktstatus als hoch signifikante Determinanten der zuwanderungspolitischen Position erweisen, sind die Koeffizienten für eigene oder familiäre Einwanderungserfahrung statistisch insignifikant.⁹ Das bedeutet: Eingewanderte und ihre Nachkommen haben eine kritischere Haltung gegenüber Fachkräftezuwanderung, weil ihre Chancen und ihr Erfolg am Arbeitsmarkt unterdurchschnittlich sind. Sie unterscheiden sich hinsichtlich dieses sozioökonomischen Zusammenhangs nicht von der übrigen, autochthonen Bevölkerung.¹⁰

Grafik 5: Menschen in Großstädten legen mehr Wert auf ausländische Fachkräfte

„Wie stark sollte sich Deutschland in den nächsten Jahren um Fachkräftezuwanderung bemühen – stärker, gleich oder weniger als bisher?“ (Anteile an der Erwerbsbevölkerung, d. h. im Alter von 18–67 Jahren in Prozent, Befragungszeitraum im 2. Halbjahr 2021)



Quelle: KfW Research.

Stadt-Land- und West-Ost-Gefälle bei zuwanderungspolitischer Haltung

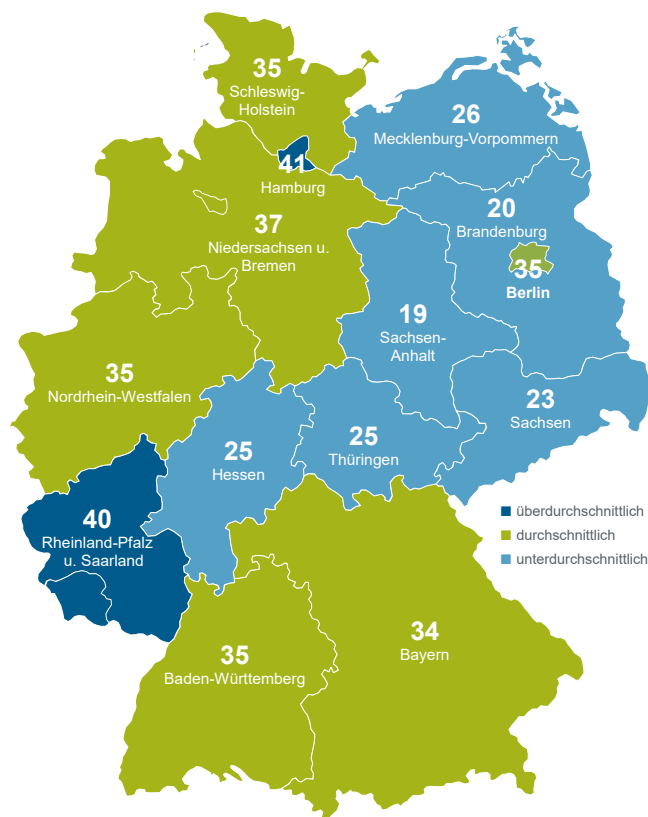
Neben den ausgeprägten sozioökonomischen Unterschieden gibt es auch ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: Im ländlichen Raum, d. h. in Dörfern, Klein- und Mittelstädten bis 100.000 Einwohner, sind 45 % der Bevölkerung für mehr Fachkräftezuwanderung und 17 % dagegen (Grafik 5). Dieser Anteil ist in Großstädten bis unter 500.000 Einwohnern mit 48 % etwas größer. Deutlichere Unterschiede ergibt der Vergleich mit den

Großstädten ab 500.000 Einwohnern: Hier liegen die Befürwortenden verstärkter Fachkräftezuwanderung über dem Durchschnitt (51 %) und die Gegnerinnen und Gegner darunter (13 %).

Auch zwischen den Bundesländern unterscheiden sich die zuwanderungspolitischen Positionen. In Rheinland-Pfalz (inkl. Saarland) und Hamburg legt die Erwerbsbevölkerung am meisten Wert auf verstärkte Fachkräftezuwanderung. Im Saldo überwiegen dort die Befürwortenden die Gegnerinnen und Gegner um +41 bzw. +40 Prozentpunkte (Grafik 5 und Karte in Grafik 6). Die restlichen westdeutschen Bundesländer (außer Hessen) liegen leicht über dem Durchschnitt. In den ostdeutschen Bundesländern (und Hessen) ist die zuwanderungspolitische Haltung insgesamt weniger offen. Es sprechen sich zum einen weniger Menschen für verstärkte Fachkräftezuwanderung aus (38 bis 45 %), zum anderen mehr Menschen dagegen (17 bis 21 %). In Berlin sind sowohl die Befürwortenden als auch die Gegnerinnen und Gegnern überdurchschnittlich häufig, der Saldo ist durchschnittlich. Insgesamt unterscheiden sich Westdeutschland und Ostdeutschland (inkl. Berlin) im Saldo um 10 Prozentpunkte (35 vs. 25 PP). Allerdings ist der West-Ost-Unterschied in Regressionsanalysen statistisch insignifikant, ist also im Wesentlichen auf die Unterschiede bei Berufsabschlüssen, Arbeitsmarkterfolg und Einkommen zurückzuführen.

Grafik 6: Westdeutschland offener für Fachkräftezuwanderung

„Wie stark sollte sich Deutschland in den nächsten Jahren um Fachkräftezuwanderung bemühen – stärker, gleich oder weniger als bisher?“ (Saldo aus Anteilen „stärker“ und „weniger“ nach Bundesland, bezogen auf Erwerbsbevölkerung, d. h. im Alter von 18–67 Jahren in Prozent, Befragungszeitraum im 2. Halbjahr 2021)



Quelle: KfW Research.

Ampel-Koalition will neue Impulse in der Migrationspolitik setzen

Das von der großen Koalition im Sommer 2019 verabschiedete Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) soll den deutschen Arbeitsmarkt für Zuwandernde aus Drittstaaten weiter öffnen. Vor allem wurden die Zugangshürden für nicht-akademische Fachkräfte gesenkt: Die Beschränkung auf Engpassberufe und die sogenannte Vorrangprüfung¹¹ entfallen (weitgehend). Außerdem wird ihnen (wie Akademikern) ein befristetes Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche gewährt. Inwiefern diese Maßnahmen die Fachkräftezuwanderung spürbar steigern können, bleibt abzuwarten, denn das FEG trat ausgerechnet im März 2020 in Kraft – verpuffte also bisher aufgrund der Corona-Krise.

Wie unsere Daten zeigen, sieht die Erwerbsbevölkerung den Bedarf einer offenen und aktiven Einwanderungspolitik sehr deutlich: 83 % der 18- bis 67-Jährigen sind für mindestens gleichbleibende Bemühungen um ausländische Fachkräfte, darunter 48 % für größeres Engagement und 35 % für konstantes. Die aktuelle Bundesregierung strebt laut Koalitionsvertrag einen „Paradigmenwechsel“ zu einem „modernen Einwanderungsland“ an, will mit einer „aktiven und ordnenden [Migrations]politik [...] reguläre Migration ermöglichen“. Dafür sollen zunächst bewährte Ansätze wie das FEG und die Westbalkanregelung¹² entfristet werden. Darüber hinaus soll insbesondere die Zuwanderung von nicht-akademischen Fachkräften erleichtert werden, etwa durch entsprechende Erweiterung der „Blauen Karte EU“. Ein weiterer Ansatz der Ampel-Koalition ist die sogenannte „Chancenkarte“, die auf Basis eines Punktesystems die Zuwanderung zur Arbeitssuche ermöglicht, wenn Sprachkenntnisse, Arbeitserfahrung und/oder das Bildungsniveau ausreichend sind. Außerdem soll die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtert werden, die ein entscheidender Flaschenhals im geltenden Zuwanderungsrecht ist.

Arbeitsmarktintegration der zahlreichen Geflüchteten hilft auch der deutschen Volkswirtschaft

Der Krieg in der Ukraine rückt natürlich die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten wieder stärker in den Mittelpunkt. Für Ukrainerinnen und Ukrainer – seit Kriegsbeginn wurden fast 400.000 Geflüchtete in Deutschland offiziell registriert – wurden wichtige Ausnahmeregelungen in Kraft gesetzt, die den Erwerb von Aufenthaltstiteln und damit den Arbeitsmarktzugang beschleunigen. Für zahlreiche andere Geflüchtete, die bereits in Deutschland sind oder noch kommen werden, sind die beabsichtigten Erleichterungen beim Zugang zu Integrations- und Berufssprachkursen sowie beim Familiennachzug wichtige Fortschritte.

Zusätzlich sollen abgelehnte Asylbewerber im Rahmen einer Stichtagsregelung ein Bleiberecht erhalten, sofern sie schon mehrere Jahre in Deutschland leben und ihren Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten. Dieser sogenannte „Spurwechsel“ betrifft schätzungsweise 40.000 „geduldete“ Menschen v. a. aus Syrien, Irak und Afghanistan, die bereits gezeigt haben, dass sie einen Beitrag zur deutschen Volkswirtschaft leisten können. Auch in Zukunft werden immer wieder zahlreiche Menschen vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland fliehen und für sich und ihre Familien eine neue Existenz aufbauen müssen. Sie dabei zu unterstützen ist nicht nur aus huma-

nitärer Sicht geboten, sondern auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll.

¹ Müller, M. (2022), [KfW-ifo-Fachkräftebarometer Mai 2022](#), KfW Research.

² <https://www.iab-forum.de/iab-stellenerhebung-1-2022-174-millionen-offene-stellen-am-arbeitsmarkt/>

³ Destatis (2022), Amtliche Wanderungsstatistik, www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/.

⁴ Graf, J. (2022), [Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstitel an Drittstaatsangehörige. Halbjahresbericht 2021](#), Berichtserien zu Migration und Integration, Reihe 1, Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BMAF), Nürnberg.

⁵ Es handelt sich um die telefonische Befragung einer Stichprobe von ca. 6.300 Personen, die repräsentativ für die Erwerbsbevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahre ist. Technisch ist die Befragung in die Erhebung des KfW-Gründungsmonitors 2019 eingebettet. Die Erhebung(smethodik) wird detailliert beschrieben in Metzger, G. (2021), [KfW-Gründungsmonitor 2021 – Tabellen- und Methodenband](#), KfW Research.

⁶ Leifels, A. (2019), [Erwerbsbevölkerung sieht Bedarf an ausländischen Fachkräften – Unterschiede nach Bildung, Einkommen und Region](#), Fokus Volkswirtschaft Nr. 246, KfW Research.

⁷ Multinomiale Probit-Regressionen mit der zuwanderungspolitischen Einschätzung (stärker/gleich/weniger) als erklärte Variable sowie Probit-Regressionen mit den binären erklärten Variablen „stärker/nicht stärker“ und „stärker/geringer“ zeigen durchgehend große und hochsignifikante Koeffizienten für erklärende Variablen Berufsabschluss, Einkommen, Auskommen mit dem Einkommen, Arbeitsmarktstatus (Arbeitslose, Angestellte, Beamte, Studierende usw.), Großstadt (ja/nein), wohingegen Alter, Geschlecht, Ost-/Westdeutschland, eigene/familiäre Einwanderungserfahrung statistisch insignifikant sind.

⁸ Zum Hintergrund siehe [Infoseite des „Mediendienstes Integration“](#) und weiterführende Links.

⁹ Siehe Endnote 7; die Koeffizienten für die binäre Variable „Eingewanderte und ihre Nachkommen“ sind durchgehend statistisch insignifikant bei einem Signifikanzniveau von 10 %.

¹⁰ Anzumerken ist, dass die eingewanderte Bestandsbevölkerung, von den beschriebenen sozioökonomischen Faktoren abgesehen, grundsätzlich in größerem Arbeitsmarkt Wettbewerb mit neu Eingewanderten stehen dürfte als die autochthone Bevölkerung. Denn durch größere Ähnlichkeit der Qualifikationsprofile, Sprachkenntnisse und Netzwerke konkurrieren Zuwandernde am ehesten mit vorherigen Zugewandertengenerationen um Jobs.

¹¹ Bei der Vorrangprüfung prüft die Arbeitsagentur, ob für eine konkrete Stelle Deutsche oder EU-Bürger vorzuziehen sind.

¹² Staatsangehörigen von Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien kann unter bestimmten Bedingungen eine Zustimmung zur Ausübung jeder Beschäftigung erteilt werden kann. Diese Möglichkeit wurde in den vergangenen Jahren intensiv genutzt, insbesondere zur Besetzung von Stellen, für die keine Berufsausbildung erforderlich ist.